

Landratsamt Main-Tauber-Kreis – Untere Flurbereinigungsbehörde –

Wellenbergstraße 3 • 97941 Tauberbischofsheim • Telefax (0 93 41) 82 - 54 00 • ☎ Vermittlung (0 93 41) 82 - 54 02



Öffentliche Bekanntmachung vom 09.08.2021

Flurbereinigung Großrinderfeld (Wald) Main-Tauber-Kreis

Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Landratsamt Main-Tauber-Kreis -untere Flurbereinigungsbehörde- gibt hiermit auf Grund von §§ 18-21 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) das Vorhaben:

Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sowie Änderung, Verlegung oder Einziehung vorhandener Anlagen in der Flurbereinigung Großrinderfeld (Wald)

öffentlich bekannt.

Ab dem 23.08.2021 liegen hierzu die aktuellen Entwürfe der Wege- und Gewässerkarte mit Landschaftskarte und Erläuterungsbericht, (inkl. UVP-Bericht nach § 16 UVPG) sowie weitere entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen einen Monat lang im Rathaus in Großrinderfeld zur Einsicht aus.

Am 24.08.2021, am 14.09.2021 und am 23.09.2021 ist ein Beauftragter des Landratsamts -untere Flurbereinigungsbehörde- während der Zeit von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr im Rathaus in Großrinderfeld anwesend, um Auskünfte zu erteilen.

Ab dem Auslegedatum kann zusätzlich die Bekanntmachung mit Karten und Berichten auf der Internetseite des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung im o. g. Verfahren (www.lgl-bw.de/3217) sowie auf dem zentralen Internetportal nach § 20 UVPG (www.uvp-verbund.de) eingesehen werden.

Während der einmonatigen Auslegung und einem weiteren Monat können zu dem Vorhaben bei der unteren Flurbereinigungsbehörde [Adresse: Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim] oder bei jeder anderen Stelle des Landratsamts [Sitz: 97941 Tauberbischofsheim] umwelterhebliche Anregungen und Bedenken vorgebracht werden.

Die Anregungen und Bedenken werden geprüft. Über die Zulässigkeit des Vorhabens entscheidet unter Berücksichtigung des Ergebnisses dieser Prüfung nach Abschluss der Planung die obere Flurbereinigungsbehörde durch Planfeststellungsbeschluss oder Plangenehmigung. Die Öffentlichkeit wird über diese Entscheidung unterrichtet werden.

Gez.

D.S.

H A M M E R L, OVR